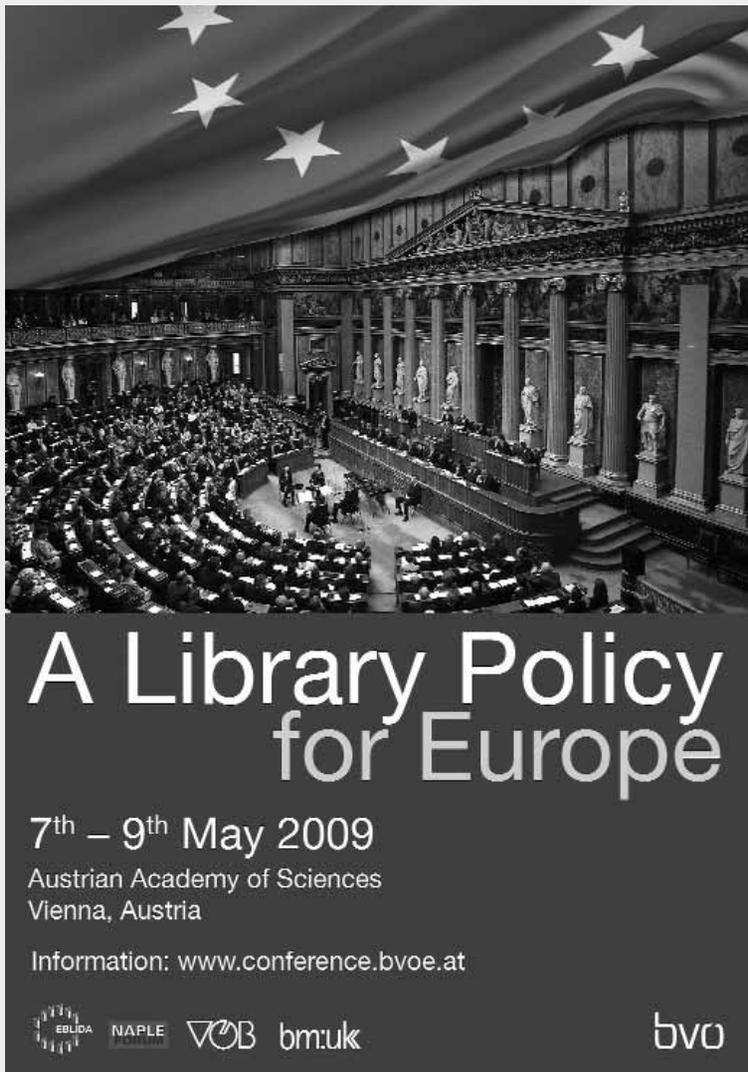


„A Library Policy for Europe“

Bericht zur Internationalen Bibliothekskonferenz

Autor: Gerald Leitner

Im Mai fand die Internationale Bibliothekskonferenz „A Library Policy for Europe“ in Wien statt. Mit internationalen ExpertInnen und hochkarätigen ReferentInnen wurde ein erster Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Bibliothekspolitik gesetzt.



Mehr als 180 TeilnehmerInnen aus über 30 europäischen Ländern trafen sich von 7. bis 9. Mai in Wien, um über die Schaffung einer Bibliothekspolitik für Europa zu beraten. Die Konferenz hatte sich zum Ziel gesetzt, einen aktiven Dialog zur Bibliothekspolitik in ganz Europa zu schaffen und Notwendigkeiten für eine erfolgreiche Bibliotheksentwicklung aufzuzeigen. Noch nie zuvor gab es in Europa eine derart hochkarätig besetzte Bibliothekskonferenz wie diese. – Aus fast allen europäischen Staaten waren die RepräsentantInnen der nationalen Bibliotheksvereinigungen und -behörden vertreten. Das gab dieser Versammlung und ihren Beschlüssen Legitimität und Stärke.

Sowohl Dr. Reinhold Hohengartner, der Frau Bundesministerin Dr. Claudia Schmied vertrat, als auch die Vorsitzende des Büchereiverbandes Österreichs, Mag. Roswitha Schipfer, betonten in ihren Begrüßungsreden die Wichtigkeit von Impulsen für die österreichische Bibliotheksentwicklung.

Die Konferenz wurde gemeinsam von EBLIDA (European Bureau of Library, Information and Documentation Associations), NAPLE (National

Authorities on Public Libraries in Europe), BVÖ und VÖB in der Wiener Akademie der Wissenschaften veranstaltet. Hofrätin Maria Seissl, Vizepräsidentin der VÖB, und Maria Antonia Carrato Mena, Vorsitzende von NAPLE, wiesen darauf hin, dass ein derart ambitioniertes Vorhaben nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erreichen sei.

Als Präsident des Dachverbandes der Bibliotheksinstitutionen in Europa (EBLIDA) war es mir eine besondere Freude, dass der Start für eine europäische Bibliotheksinitiative in Wien erfolgt ist.

Bibliotheken in Zeiten der Krise

In meiner Eröffnungsrede versuchte ich, die Notwendigkeit einer gemeinsamen „Bibliothekspolitik für Europa“ zum Wohl der Bibliotheken und der BürgerInnen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union herauszuarbeiten. Gerade in einer Zeit der Krise scheint mir dies essenziell.

Die heutige Krise ist mehr als eine rein ökonomische Krise. Sie ist mehr als nur eine Erschütterung unseres Wirtschaftssystems, sie ist eine tief greifende Erschütterung unseres ganzen Gesellschaftssystems. Antworten und Maßnahmen der Regierungen, die auf eine Reparatur des Wirtschaftssystems abzielen, sind notwendig, greifen aber dennoch zu kurz. Wir brauchen eine klare Vision für die Zukunft – für die Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft.

Bildung, Wissen und Kultur sind das Kapital für unsere Zukunft und Schlüsselfaktoren für eine positive Entwicklung der Gesellschaft. Bibliotheken garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von Bildung, Herkunft, Geschlecht und Alter, den freien Zugang zu Wissen, zu kulturellen Aktivitäten und kreativem Denken. Als lokale Informationsanbieter stellen sie Medien in ihrer Gemeinde bereit, fungieren als Kommunikationsstätten und bieten Zugang zu globalem und vernetztem Wissen. In einer Welt, in der sich die Anforderungen in Beruf und Alltag ständig wandeln, sind Bibliotheken in jeder Gemeinde essenzielle Dienstleister in der Versorgung mit Information und Bildung.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem radikalen Veränderungsprozess. Bibliotheken können einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. In Bibliotheken zu investieren, zeugt von Verantwortungsbewusstsein und Weitblick.

Viele von uns wissen das; aber nur in wenigen Ländern ist dies der Politik bewusst. Im Gegenteil – in vielen europäischen Ländern wird vermutlich die wirtschaftliche Krise zu einer Krise der Bibliotheken werden, da die Budgets wegen der wirtschaftlichen Rezession in Frage gestellt werden.

Was ich in dieser Situation besonders schmerzlich vermisse, ist, dass in Europa von der Europäischen Kommission kein Impuls ausgeht, um die Bibliotheken als Mittel zur Bewältigung dieser schweren ökonomischen und gesellschaftlichen Krise geschickt und verstärkt zu nutzen.

In dieser Situation ist es unsere Aufgabe und Pflicht als VertreterInnen der Bibliotheksverbände und der staatlichen Behörden, die Politik auf die Möglichkeiten der Bibliotheken aufmerksam zu machen und alles zu versuchen, um sowohl in den einzelnen Ländern als auch in Europa „Bibliotheken auf die Tagesordnung“ zu setzen. Insofern glaube ich, dass wir uns jetzt nicht nur mit einer „Bibliothekspolitik für Europa“ beschäftigen sollen, sondern beschäftigen müssen.

Anspruchsvolles Konferenzprogramm

Die zentralen Themen und Bedingungen rund um eine „Bibliothekspolitik für Europa“ wurden von den ReferentInnen in drei aufeinander folgenden Teilbereichen behandelt:

Der erste Abschnitt der Konferenz „**Library policy and legislation**“ widmete sich der Frage, wie Bibliotheken politisch und strategisch auf die Tagesordnung zu bringen sind und gab einen Überblick über Gesetzgebung sowie Bibliothekspolitik in Europa. Die Präsidentin des Weltverbandes der Bibliotheken (IFLA), Claudia Lux, zeigte, dass die beeindruckenden Leistungen der Bibliotheken von der Politik nicht genügend wahrgenommen werden, wir aber auch ganz gezielt daran arbeiten müssen, dass uns die Politik wahrnimmt. Das will sie mit ihrem Motto „Bibliotheken auf die Tagesordnung“ ausdrücken: es von der Politik einzufordern, aber auch Bibliothekarinnen und Bibliothekare auf der ganzen Welt ermutigen und motivieren, es vehement einzufordern.

Barbara Schleihagen, Direktorin des deutschen Bibliotheksverbandes, gab einen detaillierten Überblick über Bibliotheksgesetzgebung in Europa. Die Beispiele zeigten, dass alle EU-Staaten, die exzellente Bibliotheksdienstleistungen anbieten, eine nationale Bibliotheksgesetzgebung haben. Allerdings sind es nicht nur die Gesetze, die zur Exzellenz beitragen. Bibliotheken können nur gedeihen, wenn das Gesetz ein konkreter Ausdruck des politischen Willens ist, Bibliotheken zu formen und zu unterstützen – auch über den finanziellen Aspekt hinaus. Zusammenfassend betonte sie: „Ein Bibliotheksgesetz alleine reicht nicht. Nur wenn das Bibliotheksgesetz Ausdruck eines einheitlichen politischen Willens ist, Bibliotheken zu fördern, nur

wenn es eine überzeugende Institution gibt, die diesen Willen einfordert, und nur wenn gemeinsame Verantwortung auf allen politischen Ebenen, auch der europäischen Ebene, übernommen wird, entwickelt sich ein innovatives und modernes Bibliothekswesen zum Wohle aller BürgerInnen.“

Jens Thourauge, Generaldirektor der „Danish Agency for Libraries and Media“ und Barbro Wigell-Ryynänen, im finnischen Unterrichtsministerium zuständig für Öffentliche Bibliotheken, zeigten Entwicklungen in den beiden Vorzeigestaaten des Bibliothekswesens auf, entwickelten Visionen für eine zukünftige Positionierung der Öffentlichen Bibliotheken und forderten vehement Maßnahmen von der Europäischen Kommission für Bibliotheken ein.

Am Nachmittag gingen die ReferentInnen im zweiten Teil der Konferenz **„The role of libraries in a European perspective“** u. a. der Frage nach, wie EU-Projekte bisher und in Zukunft

genutzt werden, um die Rolle der Bibliotheken zu stärken. Yvo Volman von der Generaldirektion für die Informationsgesellschaft und Medien erläuterte die Digitalisierungspläne der Europäischen Union. Edith Genser stellte das Kulturprogramm der Europäischen Union vor, das kulturellen Organisationen die Möglichkeit bietet, ihre Projekte auf europäischer Ebene zu realisieren

und zu vernetzen. Breda Karun gab einen beeindruckenden und detaillierten Überblick über die Förderungen und Förderprogramme der Europäischen Union.

Ist die Bibliothek eine „Schatzkammer“, in der das Erbe der Menschheit für die Nachwelt aufbewahrt wird? Ja, aber nur wenige Bibliotheken müssen diese Funktion erfüllen, meinte Paul Sturges, und plädierte für die Bibliothek als „dritten Raum“.

Der abschließende Teil der Konferenz **„Libraries of the future: creating access for Europe“** nahm einerseits jene Bereiche der EU-Politik in den Blick, welche aktiv den Zugang zu Information, Kultur und Recherche fördern. Gleichzeitig wurden auch jene Bereiche diskutiert, in denen durch Gesetze Barrieren für Biblio-

theken geschaffen werden und freier Zugang zu Informationen verhindert wird – Stichwort „Copyright“. Jill Cousins, Programm- direktorin von Europeana, stellte das Leitprojekt und seine weitere Entwicklung vor. Kritisch äußerten sich Paul Ayris, Vizepräsident von LIBER, und Toby Bainton, Vorsitzender der EBLIDA Expert Group on Information Law, bezüglich der Urheberrechts- gesetzgebung und der Open-Access-Politik der Europäischen Union. Sie forderten vehement die Beseitigung von Copyright- Barrieren, die der Idee der Entwicklung einer Wissensgesellschaft widersprechen.

Die „Vienna Declaration“

Auf Basis der Vorträge und Gespräche konnte zum Abschluss der Konferenz bereits ein wichtiger gemeinsamer Schritt auf dem Weg zu einer „Library Policy for Europe“ getan werden. **EBLIDA**

und **NAPLE** veröffentlichten die „Vienna Declaration“ – eine gemeinsame Erklärung an die Europäische Kommission zur Stärkung der Rolle und des Potenzials von Bibliotheken in ganz Europa bei der Entstehung einer „Europäischen Wissensgesellschaft“. Die „Vienna Declaration“ mit ihren vier zentralen Empfehlungen (Entwicklung eines White Paper „Public Library in the Knowledge society“, Auf-

bau eines Europäischen Wissenscenters für Öffentliche Bibliotheken, Förderung europäischer Projekte, Abschaffung restriktiver Copyright-Barrieren) wird nach den Europawahlen an die Europäische Kommission ergehen. EBLIDA hat schon im Vorfeld der Europawahlen mit Lobbyingaktionen – Kontaktaufnahmen mit MEP-KandidatInnen – begonnen.



FOTO: DÜRHAMMER, BVÖ

▶ Mehr als 180 TeilnehmerInnen aus über 30 europäischen Ländern nahmen an der Konferenz in der ÖAW teil



▶ **Gerald Leitner** ist Geschäftsführer des BVÖ und Präsident des Dachverbandes der Bibliotheksinstitutionen in Europa (EBLIDA).

Wiener Erklärung

Auf der gemeinsamen Konferenz von EBLIDA und NAPLE Forum in Wien im Mai 2009 wurde beschlossen, die Rolle und das Potenzial der Bibliotheken in Europa beim Entstehen einer Europäischen Wissensgesellschaft zu stärken. Demzufolge fordern EBLIDA und NAPLE die Europäische Kommission dazu auf, durch die folgenden vier Empfehlungen die Entwicklung dieses Bereichs voranzutreiben:

1. Weißbuch „Öffentliche Bibliotheken in der Wissensgesellschaft“:

EBLIDA und NAPLE Forum rufen die Europäische Kommission dazu auf, ein Weißbuch zu verabschieden, das die neue Rolle von Öffentlichen Bibliotheken in der Europäischen Wissensgesellschaft beschreibt und das den Mitgliedstaaten empfiehlt und sie dazu ermutigt, sich für ihre Bibliotheken einzusetzen. Das Weißbuch soll sich unter anderem auf die Arbeit einer hochrangigen Expertengruppe für Bibliotheken, eingesetzt durch die Europäische Kommission, beziehen.

2. Wissenszentrum:

Wir fordern die Europäische Kommission darüber hinaus dazu auf, ein Europäisches Wissenszentrum für Öffentliche Bibliotheken einzurichten, das aufeinander abgestimmte, zeitgemäße und verlässliche Informationen zu Öffentlichen Bibliotheksangeboten in allen EU-Mitgliedstaaten und der EEA anbietet. Das Zentrum soll sich am Sitz der EBLIDA befinden.

3. Europäisch finanzierte Projekte:

Unterstützung von europäisch finanzierten Projekten, welche die Entwicklung der Bibliotheken sinnvoll und nachhaltig fördern, soll gewährleistet werden. Die Projekte sollen auf die Entwicklung einer europäischen Bibliotheksinfrastruktur abzielen, die bereits bestehende Projekte mit hoher politischer Sichtbarkeit ergänzen würden. Zusätzlich zu diesen gut sichtbaren Projekten im Bereich der Entwicklung digitaler Bibliotheken soll eine gemeinsame Infrastruktur für Öffentliche Bibliotheken entwickelt werden, um die Aufnahme von neu geschaffenen Online-Angebote zu beschleunigen und aktive europäische Partizipation zu fördern sowie umfangreiche Lernmöglichkeiten bereitzustellen.

4. Copyright:

Wir fordern die Beseitigung von Copyright-Barrieren in der Europäischen Union, die der Idee der Entwicklung einer Wissensgesellschaft widersprechen. Gefragt ist eine faire Copyright-Regelung, die sinnvolle Rechte der Rechteinhaber berücksichtigt, zugleich aber auch sinnvolle Ausnahmen für die Arbeit der Bibliotheken schafft.

EBLIDA (European Bureau of Library, Information and Documentation Associations) ist die unabhängige Dachorganisation der nationalen Bibliotheks-, Informations-, Dokumentations- und Archivverbände und -Institutionen in Europa.

NAPLE (National Authorities for Public Libraries in Europe) ist eine internationale regierungsunabhängige Vereinigung, die die Interessen der nationalen Bibliotheksträger in Europa vertritt. Vorrangiges Ziel ist die Förderung politischer Grundsätze und Strategien für Öffentliche Bibliotheken.



▶ Die MitarbeiterInnen des BVÖ kümmern sich um die Anliegen der KongressbesucherInnen

Internationale Bibliothekskonferenz A Library Policy



▶ Vortragsort ist der Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften



▶ Stv. Sektionschef Dr. Reinhold Hohengartner eröffnet im Namen von Frau BM Dr. Claudia Schmied den Kongress „A Library Policy for Europe“



▶ Die Vorsitzende von NAPLE, Maria Antonia Carrato Mena, begrüßt die Anwesenden



▶ In den Podiumsdiskussionen stellen sich die Vortragenden den Fragen der TeilnehmerInnen

vom 7. bis 9. Mai 2009, Wien

Library Policy for Europe

FOTOS: MARION BENDA-GRINTAL, AGNES DÜRHAMMER, JANA SOMMEREGGER



► Rund 180 TeilnehmerInnen aus mehr als 30 europäischen Ländern nehmen am Kongress teil



► Die VÖB, im Bild Vizepräsidentin HR Mag. Maria Seissl, ist Mitveranstalter der Konferenz



► Mag. Roswitha Schipfer, Vorsitzende des BVÖ, betont, dass die Konferenz einen wichtigen Impuls für die Bibliotheksentwicklung in Europa und Österreich geben soll



► v.l.n.r.: Stv. Sektionschef Dr. Reinhold Hohengartner, MinR Dr. Silvia Adamek, Dr. Reinhard Ehgartner



► Auf der EBLIDA-Generalversammlung am 7. Mai wurde Mag. Gerald Leitner als Präsident wiedergewählt